

# Der freie Handel als Totengräber der Kunst?

Peter Raue fragt sich, wer die Kultur vor der Politik schützt

Der Leser dieser Zeilen ist – mit einem Modewort – kulturfain. Denn er findet hier weder Sportnachrichten noch das Neueste über Automobil-Modelle, noch Einsicht in den Wohnungsmarkt. Stattdessen ‚nur‘ Informationen, Kritiken und Beiträge aus dem kulturellen Leben. Erstaunlich viele Publikationen beschränken sich auf diese Themen: Was geschieht in der Oper, im Theater, im Tanz, in der bildenden Kunst? Den Lesern all dieser Gazetten ist es wichtig, was die Kulturpolitik und die in diesem Metier tätigen Politiker leisten. Kulturpolitik, das ist eigentlich eine erstaunliche Wortkombination, denn oft hat man das Gefühl, dass die Politik von der Kultur wenig hält und dass die Kultur die Politik als ihren Feind ansehen muss.

Wer den Begriff googelt, erfährt Folgendes: „Kulturpolitik bezeichnet in einem engen Verständnis alles Handeln eines Staates im Bereich der Kunst!“ Das klingt so einfach und selbstverständlich – die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Zunächst: Kulturpolitik, so scheint die Verfassung zu lehren, ist Ländersache. Ein Glaubenssatz, der glücklicherweise erschüttert wurde, als ein Bundeskanzler uns den „Bundes-Kulturstaatsminister“ geschenkt hat. Aber ach! Dieser Minister bekleidet lediglich den Rang eines Staatssekretärs, ist also nicht gleichberechtigt mit den anderen „Kabinettskollegen“. Und doch ist seine Funktion wichtig und richtig.

Vom Kulturstaatsminister erwarten wir Leidenschaft für sein Tätigkeitsgebiet und Kenntnis der kulturellen Fragen. Das schreibe ich mit leichter Hand,



Berlin, Alexanderplatz, Demo gegen TTIP

Foto: imago / Christian Mang

weil wir seit Dezember 2013 in Monika Grütters eine Literaturwissenschaftlerin und Kunsthistorikerin an der Spitze dieses Amtes haben, die zuvor als „Chefin“ des Liebermann-Hauses in Berlin großartige Ausstellungen realisiert hat. Wie sehr sie für die heißen Themen der Kultur brennt, das hat Monika Grütters bereits in den ersten Monaten ihrer Amtszeit bewiesen. Von der Mehrwertsteuerfrage in der bildenden Kunst über die Zukunft der Museumsinsel in Berlin bis zu Überlegungen zur Zukunft der Berliner Philharmoniker – überall ist die Ministerin präsent. Das ist gut, aber damit ist nicht alles gut. Denn: Das staatlich (mit-)getragene kulturelle Leben in Deutschland und in seinen Ländern kann sich nicht glücklich nennen, wenn zwar eine

hervorragende Kulturstaatsministerin agiert, der Rest der Politik die Kultur aber nicht als eigene Sache begreift und danach handelt, sondern als ein Feld auffasst, das die Staatsministerin allein zu bearbeiten habe.

Ich greife einige Beispiele heraus. Ob die Galeristen beim Verkauf ihrer Bilder sieben Prozent, 19 Prozent oder eine vernünftige Margensteuer bezahlen, entscheidet nicht Grütters, obwohl sie an der Seite der Galeristen kämpft. Das bestimmen vielmehr die Finanzminister des Bundes und der Länder. Und diese zögern einen Entschluss entweder heraus, oder sie plädieren gar für 19 Prozent Mehrwertsteuer, weil das ein paar Euro mehr in die Staatskasse bringt.

Anderes Beispiel: Berlin verkauft munter seine Latifundien an die

Meistbietenden, ohne darauf zu achten, ob die kulturelle Szene so von ihren angestammten Plätzen vertrieben, in ihrem Leben ge- und, wenn es so weiter geht, zerstört wird. Das landeseigene Postfuhramt in Berlin-Mitte etwa war Heimstadt der weltweit beachteten Fotografie-Ausstellungshalle C/O Berlin, bis das Gebäude an ein Unternehmen veräußert wurde. Das Land dachte gar nicht daran, den kulturellen Aspekt bei den Kaufverhandlungen zu berücksichtigen.

Berlin ist nicht nur in Deutschland, sondern in Europa die wichtigste Stadt für die moderne bildende Kunst. Aber: Seit Jahren, nein, seit Jahrzehnten ist hinlänglich bekannt, dass die Kunst des 20. Jahrhunderts in der Neuen Nationalgalerie, der Inkunabel der modernen Architektur, entworfen von Ludwig Mies van der Rohe, nicht annähernd präsentiert werden kann. Dix, Grosz, Beckmann, Schumacher, Baselitz, Richter und Kiefer (um nur einige deutsche Künstler zu nennen): Sie konnten über Jahre in Berlin nicht gezeigt werden und verschwinden jetzt (fast vollständig) für fünf Jahre im Nirwana, weil die Neue Nationalgalerie saniert werden muss. Wo ist die „Kulturpolitik“, die nach Lösungen sucht, um dieses Vakuum zu füllen?

Eine kümmerliche Rolle ist der Kultur auch zugedacht bei den Verhandlungen über das sogenannte TTIP („Transatlantic Trade and Investment Partnership“). Dabei geht es, so wird mitgeteilt, um eine internationale Vereinbarung zur Erweiterung des freien Handels in der Welt. Wunderschön! Und doch ist es ausgemacht und nicht

bestreitbar und nicht bestritten: Dieses Freihandelsabkommen bedeutet in seiner jetzigen Form einen Todesstoß für die kulturelle Szene in Deutschland. Die Buchpreisbindung wird von heute auf morgen beendet sein. Das einmalige und großartige deutsche System der Kunstförderung – Quelle des kulturellen Lebens in Bund, Land und Gemeinden – findet mit der Ratifizierung dieses Abkommens ein tragisches Ende. Kein verantwortlicher Politiker – nicht die Kanzlerin, nicht der Außen-, nicht der Wirtschaftsminister – hat ein klares rettendes Wort dazu gesprochen oder gar versprochen, dass diese Teile aus dem Abkommen gestrichen, der Kultur ein eigener, eigenständiger, vom Abkommen auszunehmender Bereich gesichert wird (wie es die Kulturverträglichkeitsklausel im EU-Recht geregelt hat). Da hilft es nichts, dass die kulturelle Szene – an der Spitze die Akademie der Künste in Berlin – Arm in Arm mit der Kulturstaatsministerin diese fatalen Konsequenzen des Abkommens verhindern will, wenn die entscheidenden Kabinettsmitglieder schweigen und die Kanzlerin ihr segensreiches „Mit mir nicht“ verweigert.

Solange Kulturpolitik in unserem Land nicht so praktiziert wird, dass die Politik die Kultur in all ihren Entscheidungen zu beachten, zu fördern und zu schützen hat, haben wir keine oder eine miserable Kulturpolitik. Eine Politik, die die Wirtschaftskraft der Kultur verkennt, ist dumm. Eine Politik, die die integrative, friedensstiftende, innovationsfördernde Kraft der Kulturpolitik in unserem Lande verkennt, ist auf Dauer gefährlich.